

**LANDESVORSTAND NIEDER-
SACHSEN**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 37 ODEONSTR. 4 30159
HANNOVER

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

PER MAIL: GDP-NIEDERSACHSEN@GDP-ONLI-
NE.DE

Odeonstr. 4
30159 Hannover
Telefon: 05 11 – 12 60 85 0
Telefax: 05 11 – 12 60 85 85

E-Mail: landesverband@gruene-niedersachsen.de

16.11.2012

Ihre Wahlprüfsteine – Unsere Antworten

- **Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten**

Wir werden den demografischen Wandel in Niedersachsen in den nächsten 10-15 Jahren zu spüren bekommen und müssen ihn in Niedersachsen stärker berücksichtigen und in den Fokus unseres politischen Handelns stellen. Das bedeutet auf der einen Seite, dass wegen der Altersstruktur bei der Polizei verstärkt BeamtInnen in den Ruhestand gehen werden und auf der anderen Seite der Altersdurchschnitt in der Bevölkerung ansteigt. Sicherheitspolitik und damit auch die Polizei muss sich den damit verbundenen Veränderungen im Land anpassen.

Vor diesem Hintergrund sind nicht allein die absoluten Zahlen der Stellen in der Polizei entscheidend für die Sicherheit in Niedersachsen. Vielmehr gehören zur Gewährleistung der Sicherheit für die BürgerInnen in Niedersachsen auch und gerade in Zeiten immer stärkerer Finanzierungslücken, die Überprüfung der Organisationsstrukturen sowie der Größe der Polizeidienststellen oder der Stäbe, wie auch flexible Einsatzkonzepte. Wichtig für uns Grüne, ist die Ansprechbarkeit und Sichtbarkeit der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Unabhängig davon muss selbstverständlich auch die Nachwuchsgewinnung optimiert werden und es muss Konzepte zur Sicherheits- und Personalpolitik in Zeiten des demografischen Wandels geben. Aber auch wenn im Vergleich zu den vergangenen Jahren eine gerin-

gere Anzahl an Bewerbern sich für die Ausbildung interessiert hat, wurden aus 4.650 Bewerbern 680 Einstellungen realisiert.

Im Bereich von 600 bis 700 Anwärterinnen/Anwärtern sollten und müssen sich die Einstellungen auch in den kommenden Jahren ergeben.

- **1500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 nach A 10**

Dass Stellenhebungen bei der Polizei im Bereich A9 – A10 notwendig sind, steht außer Frage.

In welchem Zeitraum die von ihnen geforderten Stellenhebungen – auch in der Anzahl – insbesondere wann erfolgen könnten, ist derzeit leider nicht absehbar. Sie können sich sicher sein, dass wir selbstverständlich gern schon jetzt konkrete Angaben zur Reduzierung der Wartezeit nach A 10 machen würden. Aber die Grünen wollen und werden "Wahlversprechen" auch halten. Was aber hinsichtlich der Besoldung bei allen BeamtInnen des Landes nach der Wahl machbar ist, um das Land nicht weiter – wie durch die schwarz-gelbe Koalition in den letzten Jahren betrieben – in tiefrote Zahlen zu stürzen, muss sich auch anhand der politischen Entwicklung im Bund erst zeigen. Versprechen können wir aber, dass wir im Rahmen der Finanzierbarkeit vertretbare und sozial ausgewogene finanzielle Verbesserungen schaffen werden. Wir werden uns auch weiterhin um eine angemessene Besoldungserhöhung bei allen BeamtInnen und Beschäftigten des Landes einsetzen, sowie die weitgehende Übernahme der Tarifergebnisse für den öffentlichen Dienst für alle BeamtInnen des Landes sicher stellen, damit sie nicht von der Preis- und Einkommensentwicklung abgekoppelt sind.

Grundsätzlich gilt für uns: Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zwingt die Bundesländer - unabhängig von der Verankerung in der Landesverfassung - spätestens 2020, ihre Ausgaben ohne neue Schulden zu decken. Unseres Erachtens ist dafür eine Verbesserung der Einnahmen des Landes, etwa durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer unumgänglich. Ob entsprechende Mehreinnahmen zu erwarten sind, hängt von steuerpolitischen Entscheidungen des Bundes und damit nicht zuletzt vom Ausgang der Bundestagswahl im Herbst 2013 ab.

- **Abschaffung des begrenzenden „Dienstpostenkonzeptes A 11“**

Das auch unter Betroffenen sehr umstrittene Dienstpostenkonzept A 11 halten wir für eine "Mogelpackung". Es reicht nicht Dienstposten zu bewerten (wobei auch hier teilweise die Bewertung offensichtlich fehlerhaft ist) und damit den Anschein zu erwecken Beförderungen könnten direkt umgesetzt werden. Das bestehende Dienstpostenkonzept A 11 muss abgeschafft werden.

- **Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten**

Bereitschaftszeit, die ein Beamter nicht zu Hause, sondern z.B. am Einsatzort verrichten muss, um jederzeit dem Dienstherrn zur Verfügung zu stehen, muss als Freizeitausgleich gewährt werden. In welchem Umfang dies sein wird, bleibt angesichts der anstehenden Entscheidung des BVerwG abzuwarten. Es ist gut möglich, dass das BVerwG die Revisin des Landes Niedersachsen gegen die für die Polizeibeamten in Niedersachsen positive Entscheidung des OVG in Lüneburg zurückweisen und ebenfalls einen Anspruch auf einen 100% Ausgleich feststellen wird. Die Entscheidung muss abgewartet und dann zeitnah umgesetzt werden.

- **Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei**

Die Grünen halten trotz der schwierigen finanziellen Lage des Landes Niedersachsen weiterhin daran fest, dass die Weihnachtssonderzuwendung für alle niedersächsischen Beamtinnen und Beamte bis einschließlich der Besoldungsgruppe A8 **in voller Höhe** wieder eingeführt werden soll. Ob dies in Zukunft auch für die höheren Besoldungsgruppen möglich sein wird, muss die weitere finanzielle Entwicklung des Landes ergeben. Auch hier gilt jedoch: Im Rahmen der Finanzierbarkeit werden wir vertretbare und sozial ausgewogene finanzielle Verbesserungen schaffen.

- **endlich ausreichende Perspektiven für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung**

Auch im Verwaltungsbereich der Polizei werden wir unter Berücksichtigung des demographischen Wandels, des Bedarfs und der finanziellen Möglichkeiten des Landes Abhilfe schaffen. Ein seriöses Versprechen zur Stellenschaffung im Personalbereich können die Grünen ohne ausreichende Kenntnis der Finanzen im Personalhaushalt zur Zeit nicht abgeben.